

254 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des
Bundesrates

B e r i c h t

des Ausschusses für wirtschaftliche Angelegenheiten

über den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 11. Juni 1969,
betreffend ein Bundesgesetz über Maßnahmen zum Schutz des
Lebens oder der Gesundheit von Menschen einschließlich ihrer
Nachkommenschaft vor Schäden durch ionisierende Strahlen
(Strahlenschutzgesetz)

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf soll für Tätigkeiten
im Zusammenhang mit radioaktiven Stoffen, Reaktoren, Beschleu-
nigern, Röntgenapparaten und sonstigen Strahlenquellen der not-
wendige Schutz des Lebens und der Gesundheit von Menschen ein-
schließlich ihrer Nachkommenschaft erreicht werden.

Neben Bewilligungs- und Meldebestimmungen für einschlägige
Anlagen sind beim Umgang mit radioaktiven Stoffen und beim Be-
trieb von Strahleneinrichtungen bestimmte Strahlenschutzvor-
schriften zu beachten. Auch ist eine behördliche Überwachung
der Umwelt auf radioaktive Verunreinigung vorgesehen.

Der Ausschuß für wirtschaftliche Angelegenheiten hat die
gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 23. Juni 1969
in Verhandlung genommen und einstimmig beschlossen, dem Hohen
Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt somit der Ausschuß
für wirtschaftliche Angelegenheiten den Antrag, der Bundes-
rat wolle beschließen:

Gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 11. Juni
1969, betreffend ein Bundesgesetz über Maßnahmen zum Schutz
des Lebens oder der Gesundheit von Menschen einschließlich
ihrer Nachkommenschaft vor Schäden durch ionisierende Strahlen
(Strahlenschutzgesetz), wird kein Einspruch erhoben.

Wien, am 23. Juni 1969

D e u t s c h
Berichterstatter

Dr. I r o
Obmann